

Sozialdemokrat

Zeitung der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezüge Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Aufstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Das Gesetz zum Schutze der Reaktion.

Von Friedrich Kusterlich (Wien).

III.

Die Aufhebung der politischen Freiheit.

Der Inbegriff der politischen Freiheit ist die Freiheit der Meinungsäußerung; wo diese fehlt, ist es um die politische Freiheit geschehen. Die Freiheit der Meinungsäußerung kann aber auch mit einem einzigen Paragraphen ausgelöscht werden. Ein Beispiel: Daß es im alten Oesterreich strafbar war, die Ehre der Kaiserlichen Familie zu verletzen, hat jede, auch die zurückhaltendste Kritik an den Mitgliedern der Dynastie unmöglich gemacht. Mit diesem Gesetze ausgestattet, kann die Staatsgewalt jedes kritische Wort gegen die Republik oder ihre Einrichtungen unmöglich machen.

Denn da ist zweierlei festzuhalten. Erstens, daß der Schutz des Staatsbürgers vor dem Strafgesetze, der in der Art des Gerichtes liegt, in dem Schutzgesetze aufgehoben ist. In dem monarchistischen Oesterreich gehörten nicht bloß die allermeisten politischen Delikte vorweg zur Kompetenz der Schwurgerichte, sondern zu dieser Kompetenz gehörten sie dann alle, wenn sie durch die Presse begangen wurden. Die Schwurgerichte werden jetzt ziemlich viel angefochten; aber gerade für politische Delikte liegt ihre Raison klar zutage. Denn politische Handlungen werden ja nur deshalb als strafbar erachtet und erklärt, weil sie die staatliche Rechtsordnung verletzen; aber diese staatliche Rechtsordnung ist in keinem Augenblick mehr als die Auffassungen der Mehrheit der Bürger des Staates, ist Ausfluß und Ausdruck ihres Willens. Diese Auffassungen, diesen Willen zu interpretieren, sind aber doch am nächsten die Staatsbürger selbst berufen; daher eben die Schwurgerichte, das einzige natürliche und legitime Gericht für politische Delikte sind. In der Kompetenz der Schwurgerichte ist aber wieder eine gewisse Bürgschaft gegen Tendenzanklagen und Tendenzurteile gegeben. Vorweg neigt das Berufsrichtertum zur Ueberschätzung des Buchstabens, zu einer engherzigen Auslegung der Paragraphen; fühlt sich eben als Sachwalter des Staates gegen die Bürger. Die Geschworenen sind dagegen befähigt und geneigt, einer freieren Auffassung zum Durchbruch zu verhelfen. Sie erstarren nicht in der Anbetung der Paragraphen. Doch wozu theoretische Darlegungen. Welcher Unterschied es ist, ob Berufsrichter oder ob Geschworene über politische Delikte entscheiden, bezeugt die ganze politische Geschichte des alten Oesterreichs.

Das Schutzgesetz hebt nun die Jurisdiktion der Geschworenen vollständig auf: wo nicht der Staatsgerichtshof kompetent sein wird, werden die gewöhnlichen Gerichte indizieren; denn die Bestimmung, daß die Schwurgerichte kompetent bleiben, wenn der Staatsanwalt in der Anklageschrift auf eine höhere als eine fünfjährige Strafe anträgt, ist praktisch ohne jede Bedeutung. Und es soll keinen Unterschied geben, ob die strafbare Handlung durch die Presse begangen worden ist; die Schwurgerichtbarkeit für die Presse hört also vollständig auf. Alles was in dem Gesetze steht, kann sich und wird sich also voll auswirken.

Das zweite ist, daß die altösterreichische Unfreiheit der Presse aufrechterhalten. Diese besondere Unfreiheit ist erstens die Möglichkeit, daß der Staatsanwalt jede Zeitung wegen irgend eines strafbaren Inhaltes mit Beschlagnahme belegen kann (§ 487 St. R. O.), und daß er zweitens die Konfiskation nicht durch eine subjektive Verfolgung rechtfertigen muß, vielmehr sie gerechtfertigt wird, wenn das Gericht erkennt, daß der konfiszierte Inhalt eine strafbare Handlung begründet (§ 493 St. R. O.). Weil die Staatsanwälte im alten Oesterreich gezwungen gewesen wären, die subjektive Verfolgung (die Anklage gegen eine bestimmte Person) vor dem Schwurgerichte zu erheben, war es eben die Regel geworden, daß sie sich mit dem objektiven Erkenntnis begnügten; es

Der Kampf gegen das Schutzgesetz.

Ablehnung jeglicher Mitarbeit der oppositionellen Parteien. — Auszug der Opposition aus dem verfassungsmäßigen Ausschusse.

Vor der Spezialdebatte, in die mit Rücksicht auf die durch die Majoritätsparteien erfolgte Ablehnung des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung eingegangen wurde, ergriffen die Vertreter der oppositionellen Parteien das Wort zu Erklärungen über die Stellungnahme ihrer Klubs zur weiteren Beratung des Gesetzes zum „Schutze“ der Republik. Nach Abgabe der Erklärungen verließen die Vertreter sämtlicher oppositionellen Parteien den Beratungssaal des verfassungsmäßigen Ausschusses, um so die Ablehnung jeglicher Mitarbeit am Unterdrückungs- und Anbelungs-gesetz zu dokumentieren.

Abg. Genosse Dr. Czoch

gab im Namen des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten folgende Erklärung ab:

In unserem ersten Wort, bei Beginn der Beratungen, haben wir ausgesprochen, daß wir jede Diskussion und Auseinandersetzung über die Regierungsvorlage ablehnen und nur einen einzigen Standpunkt kennen: Die vollständige Beseitigung dieses Nachwerkes. Wie soll man auch anders mit einer Vorlage verfahren, die sich nach Tendenz und Inhalt als ein Ausnahmengesetz, als Neuanlage der alten Unfreiheits- und Sozialistengesetze darstellt, die in jedem Satze den Geist reaktionärer Gesinnung atmet und eines der traurigsten Anzeichen des verfallenden politisch-moralischen Niveaus eines jungen, erst wenige Jahre an der Macht befindlichen Regimes bildet. Als Staatsbürger fühlen wir uns schon durch die bloße Einbringung dieser Vorlage in unserem Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt, als Sozialisten haben wir das Gefühl tiefster Beschämung wegen des Anteils und der Mitarbeit der tschechischen sozialistischen Parteien an diesem Nachwerk.

Wenn wir nichtsofortwärtiger nicht gleich in der ersten Stunde den Beratungssaal verlassen, um so dieser traurigen Schöpfung sogenannter demokratischer Parteien unsere vollste Verachtung zu bekunden, so geschieht es nur, um noch in letzter, entscheidender Stunde ein energisches mahnendes Wort an die Nachthaber dieses Staates zu richten, ihr Gewissen zu wecken, und die letzte Probe auf die demokratische Gesinnung — wenn schon nicht aller Koalitionsparteien —, so doch wenigstens der tschechischen sozialistischen Parteien zu machen.

Unser letzter Versuch ist gescheitert, unsere Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung wurden abgelehnt. Nach dem Willen der Mehrheit soll die Vorlage um jeden Preis Gesetz werden. Schon beim bloßen Gedanken, es könnte dieses Gesetz jemals gehandhabt werden, rebelliert unser Herz und unser Hirn.

Auch nach dem Umsturz waren die Bewohner dieses Staates, die auf die staatlich geprägten Meinungen nicht eingeschworen sind, politisch unfrei, denn nach wie vor regiert hier der

altösterreichische Verwaltungsapparat mit den allen Bürokraten an der Spitze und nach wie vor schwebt über uns das Damoklesschwert des vormärzlichen Strafgesetzes, das bisher zwar nur selten, aber doch von Zeit zu Zeit niedersauste und eine geradezu beängstigende und bellemmende Atmosphäre auslötete. Nun soll es noch um Vieles ärger und schlechter werden. Das Schwurgericht soll befestigt, die politische Verfolgung zur Staatsmaxime erklärt, die Organisationen der Arbeiter unter Druck genommen, die längstverdorrten Geheimbündeleibestimmungen wiederbelebt, das freie Wort und die freie Presse geknebelt und die Opposition einfach für vogelfrei erklärt werden. Unter Staatskontrolle soll das politische Leben kommen und jeder, der einer anderen Meinung ist, als die Regierung und ihre Parteien, mit drakonischen Strafen belegt, durch scharfen Strafvolzug und harte Straffolgen kirre gemacht werden.

Für diese, der Demokratie ins Gesicht schlagenden Zustände, haben einzig und allein die Koalitionsparteien die Verantwortung zu tragen. Sie haben sich schon bisher mit der schwersten Schuld beladen und vollenden nun das begonnene Schandwerk. Die Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei lehnen jede Mitwirkung an dem Gesetzentwurf ab und erklären, an den weiteren Beratungen der Vorlage im Verfassungsausschusse nicht mehr teilnehmen zu wollen.

Hieraus erklärte Abg. Dr. Spina im Namen des Klubs des Bundes der Landwirte, der deutschen christlichsozialen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Freiheitspartei, der Verlauf der Generaldebatte habe bewiesen, daß jeder Versuch, die Mehrheitsparteien von der Unmöglichkeit und Wertlosigkeit des durch den Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Grundzüge der Demokratie und Freiheit unternommenen Attentates zu überzeugen, aussichtslos ist. Die formalen Anträge, die die sachliche und ernste Beratung der Vorlage ermöglichen sollten, wurden in der im tschechoslowakischen Parlamente üblichen Art behandelt. Aus den Reden der Vertreter der Koalitionsparteien muß man die Ueberzeugung schöpfen, daß alle Bemühungen, den Geist der Reaktion aus dem Entwurfe auszumerzen, vergebliche wären. Deshalb wird die Vereilegung an der weiteren Ausschussberatung abgelehnt.

Abg. Dr. Armendy schloß sich namens seines Klubs den Ausführungen der Vortredner an. Abg. Haken schloß namens der Kommunistischen Partei die weitere Teilnahme an den Beratungen ab. Weiters verlas der Vorsitzende eine Zuschrift des Klubs der slowakischen Volkspartei, des Inhaltes, daß sich diese den Erklärungen der übrigen oppositionellen Parteien anschließt. Sodann verließen die Vertreter sämtlicher oppositioneller Parteien den Beratungssaal.

Der Rumpfausschuss setzte seine Beratungen fort. Die einlaufenden Abänderungsanträge gelangen nicht zur Abstimmung, sondern werden einem engeren Komitee überwiesen.

wurde im alten Oesterreich viel konfisziert, aber wenig eingesperrt. Die Staatsanwälte der Republik haben es bequemer: sie gehen mit den Anklagen vor die gewöhnlichen Gerichte, die für politische Verfolgungen natürlich bessere Ansichten bieten als Schwurgerichte. Aber sie können noch immer mehr konfisizieren, als sie anzuklagen vermöchten: denn der Zugang zu dem objektiven Erkenntnis bleibt auch ihnen offen, die Republik hat ja das Konfisizieren und Objektivieren übernommen und hält beides unverfehrt aufrecht. Nun erwäge man, was in dem Schutzgesetze an neuen strafbaren Handlungen alles aufgestellt wird, und ermesse daran die Konfiskationsmöglichkeiten, die sich da eröffnen! Ein oppositionelles

Blatt ohne weiße Flecken wird nach diesem Schutzgesetze eine leibhaftige Mariäat sein.

Mit dem § 14 allein kann man die Opposition totschlagen. Wer gegen den Staat hegt: kann darunter nicht jedes oppositionelle Wort in der Presse subsumiert werden? Wer die Republik schmäh: was bleibt da an Möglichkeit für die Kritik übrig? Wer durch eine grobe Ungehörigkeit irgend ein Amt stört, um seine Würde herabzusetzen: da ist es besser, mit der kritischen Betrachtung der Welt gar nicht anzufangen! Glaubt der Staatsanwalt, daß selne durch die Beschlagnahme vollzogene Unterdrückung der Kritik bei dem Gerichte auf Erfolg rechnen kann, wird er der Konfiskation

der Zeitung die Verfolgung des verantwortlichen Redakteurs, vielleicht auch anderer, gesellen; zweifelt er an dem Erfolg der subjektiven Verfolgung, so wird er sich mit dem objektiven Erkenntnis begnügen, dessen er natürlich gewiß ist. Also wird dem Konfisizieren ein prächtiger Aufschwung verbürgt sein! Mit der Freiheit der Meinungsäußerung ist es zu Ende; denn Freiheit der Meinungsäußerung bedingt natürlich die Möglichkeit, auch eine Meinung zu äußern, die dem Staatsanwalt nicht gefällt.

Aber obwohl das stete Konfisizieren zum Schutze jede Zeitung umbringt, hat das Gesetz auch daran gedacht, unbequeme Zeitungen unmittelbar umbringen zu können. Bei bestimmten Verurteilungen hat nämlich das Gericht zu erwägen, ob nicht zu befürchten sei, daß von dieser Zeitung diese strafbaren Handlungen wieder begangen werden könnten; ist es zu „befürchten“, kann es gleichzeitig aussprechen, daß die Zeitung eingestellt werden kann. Der betreffende Paragraph (34) ist dabei von einer offenbar absichtlichen Undeutlichkeit. Denn es wird nicht etwa gesagt, daß diese Erwägung bei einer zweiten oder dritten Verurteilung, die dann nur eine wegen desselben Deliktes sein könnte, einzutreten habe, sondern es heißt, daß das Gericht, wenn es erkennt, daß mit dem Inhalt der Druckschrift eine der (angeführten) strafbaren Handlungen begangen worden ist, in Anbetracht vorangegangener solcher Entscheidungen über dieselbe Druckschrift, wenngleich sie unter einem anderen Namen herausgegeben worden ist, in verhältnismäßig kurzer Zeit, mit Grund zu befürchten ist — was dem Gericht wohl an Möglichkeiten noch mehr erziehet, als es die Zahlenbindung der Verurteilungen ermöglichen würde. Nun darf man ja nicht meinen, daß man da lediglich Verurteilungen wegen schwerer Verbrechen im Auge hat; man hat schon einen Paragraphen hineingetrieben, der das stottere Eintreten der Verurteilungen ermöglichen soll. Nämlich eben jenen § 14, der den als Aufwiegler erklärt, „wer gegen den Staat, die staatliche Selbstständigkeit, Anteilbarkeit oder die demokratisch-republikanische Form des Staates hegt“; die Zeitung, die zweimal „geheht“ hat, kann eingestellt werden (ein Tagblatt für einen Monat, ein dreimal erscheinendes Wochenblatt für zwei Monate, andere Druckschriften für sechs Monate). Aber auf diese Zulässigkeit der Einstellung kann das Gericht nicht bloß bei Verurteilungen, darauf kann das Gericht auch im objektiven Verfahren (§ 493 St. R. O.) erkennen! Die erlebten Feinheiten dieser Einstellung sind aber damit noch nicht erschöpft. Das Gericht erkennt auf die Zulässigkeit der Einstellung. Nun erwirkt die Verwaltung durch zwei Jahre die Befugnis die Einstellung auszusprechen; die Zeitung wird also gleichsam unter ein Fallbeil gestellt, und gegen die Einstellung, die der Verwaltungsbehörde der zweiten Instanz zusteht, gibt es überhaupt keinen Rekurs! Und noch etwas sehr hübsches! Gegen den Ausspruch des Gerichtes auf Zulässigkeit der Einstellung gibt es das Rechtsmittel wie gegen die Strafe (im objektiven Verfahren allerdings nur die Beschwerde ans Oberlandesgericht). Nun könnte das erste Gericht die Zulässigkeit der Einstellung ausgesprochen haben; insofern des eingeleiteten Rechtsmittels wäre aber sein Ausspruch noch nicht rechtskräftig. Die hoffene Zeitung würde zu dem ergriffenen Rechtsmittel nicht gerade Vertrauen haben könnte sich also anschließen, inzwischen eine neue Zeitung anzumelden. Weit gefehlt: die Anzeige über die Herausgabe einer neuen Zeitung ist, auch wenn die Zulässigkeit der Einstellung noch nicht rechtskräftig geworden ist, nicht zur Kenntnis zu nehmen und wird die neue Zeitung dennoch herausgegeben, so wäre das nichts anderes, als ob die rechtskräftig eingestellte herausgegeben würde und das wird mit Gefängnis bis sechs Monate bestraft. Fein, nicht?

Die Presse, sofern sie nicht bis zur leeren Regierungsform ist, wird also nach dem Gesetze prächtige Zeiten haben. Wer sich pariert, wird konfisziert und eingestellt; da soll als Schicksal allen Zeitungen blähen sie mit Mut und Entschlossenheit die Sache ihres Volkes oder ihrer Klasse vertreten.

Keine Mitberatung.

Die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei haben gestern den verfassungsrechtlichen Ausschuss, in dem das Schutzesetz zur Beratung steht, nach Abgabe einer Erklärung verlassen. Sie lehnen darin die Mitarbeit an der Beratung des Schutzesetzes ab und werden daher an den weiteren Sitzungen des verfassungsrechtlichen Ausschusses nicht teilnehmen. Dieser unter den obwaltenden Verhältnissen einzig möglichen Erklärung schlossen sich die Vertreter der Kommunisten, der deutschbürgerlichen, wie jener der ungarisch-bürgerlichen Parteien und der slowakischen Volkspartei an, worauf die gesamte Opposition den Sitzungssaal verließ. Der verfassungsrechtliche Ausschuss ist damit zu einer Kumpfschiffperschiff geworden und der Schritt der Oppositionsparteien wird vor aller Welt für alle Zeit sichtbar machen, daß diese Kumpfschiffperschiff es war, welche entgegen dem Proteste fast der Hälfte der gewählten Volksvertreter, das Kumpfschiffgesetz für die Arbeiterschaft und die unterdrückten Nationen im Staate beschließen hat. Dem Inhalt des Gesetzes wird die Form seines Zustandekommens entsprechen: sie werden einander würdig ergänzen. Hinter den im Ausschusse abgegebenen Erklärungen stehen 30 Abgeordnete der deutschen Sozialdemokraten, 3 Abgeordnete der ungarischen Sozialdemokraten, 23 Kommunisten, 41 Deutschbürgerliche, 11 Mitglieder der slowakischen Volkspartei und 6 ungarisch-bürgerliche Abgeordnete. Zusammen sind dies 114 Abgeordnete, demgegenüber die gesamte tschechische Koalition 156 Abgeordnete zählt. 114 gegen 156, die Ziffern zeigen klar, wie wenig imponierend die Zahl derjenigen ist, die sich ständig anmaßen, im Namen des Staates zu sprechen, ja der Staat selbst zu sein, und die jetzt unter Mißachtung aller Gesetze der Demokratie daran arbeiten, aus der Republik einen einzigen großen Kerker zu machen. Aber in den Ziffern der Abgeordneten, die hinter den aus dem verfassungsrechtlichen Ausschusse Ausgehenden stehen, sind die Abgeordneten mehrerer kleiner oppositioneller Parteien, die im Ausschusse keine Vertretung haben, nicht eingerechnet, das sind: die tschechische sozialdemokratische Linke mit 3, die tschechische Gewerkschaft mit 7 und die Rodríguez-Gruppe mit 3 Abgeordneten. Das Verhältnis der Gegner und der Anhänger des Gesetzes dürfte somit 127 zu 156 sein. Würden die Minister nicht zustimmen und würden von den Koalitionsgesetzten auch nur einige fehlen, dann ergäbe sich, daß es knapp die Hälfte aller Abgeordneten war, welche der Bevölkerung des Staates die atemraubende Last des Ausnahmegesetzes auferlegt habe.

Wir sind überzeugt, daß das Vorgehen der Opposition im Verfassungsausschusse die volle Billigung nicht nur der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft, sondern auch der Angehörigen aller nichttschechischen und selbst eines großen Teiles der tschechischen Nation finden wird. Eine Mitberatung an dem Schutzesetze konnte es in keiner Form geben. Das stand von vorneherein fest. Die Vertreter der Opposition im Ausschusse blieben nicht von allem Anhang den Sitzungen fern, weil sie es an einem letzten Versuch nicht fehlen lassen wollten, die Koalitionsparteien zur Besinnung und

Einsicht zu rufen. Sie suchten in — für jeden anderen als die von keinen Gewissensbedenken erfüllten Mitglieder der Mehrheit — eindringlichen Reden, in denen sie die verderblichen Folgen des Entwurfes schilderten, das demokratische Verantwortlichkeitsgefühl der Koalitionsparteien wachzurufen. Doch vergebens. Nach allen Erfahrungen mit den Methoden der Mehrheit stand es fest, daß sich die Verhandlungen über das Ausnahmegesetz in nichts von den Beratungen aller jener anderen früher verhandelten Gesetze unterscheiden werden, über welche der Koalitionsausschuss einig geworden war und welche das Parlament annehmen und unverändert annehmen mußte. Wohl las man es nach Einbringung der Vorlage hier und dort, die Koalitionsparteien seien nicht abgeneigt, gewissen Abänderungs- und Verbesserungsanträgen der Opposition Rechnung zu tragen, soweit sie Mängel und Fehler im Gesetze betreffen. Mit aller Rücksichtslosigkeit aber wurde gleichzeitig erklärt, daß an dem Wesen und Kern des Entwurfes nichts, aber auch gar nichts geändert werden dürfe. So mußte die Haltung der Opposition, nach der Ablehnung ihres Antragtrag auf Uebergang zur Tagesordnung über das Gesetz, gegeben sein. Sobald es feststand, daß an dem Gesetze keine grundlegenden Veränderungen vorgenommen werden dürfen, und daß der Wille der Mehrheit darauf beharre, dem Gesetze den Charakter eines Unterdrückungs- und Ausnahmegesetzes aufzuprägen, war eine weitere „Mitberatung“ daran ausgeschlossen. Wer den Entwurf in seinen hundertfältigen Verästelungen des ihn erfüllenden reaktionären Geistes kennt, der weiß, daß er ein Ganzes bildet, an dem im einzelnen zu „verbessern“, nutzlose Sisyphusarbeit sein muß. Was er darstellt, ist nicht Recht, sondern nackte

Gewalt. Aus jeder Zeile des umfangreichen Nachwertes grüßt die Frage der gehässigen Brutalität seiner Väter heraus. Es wäre einer Selbsthöhung gleichgekommen, wenn die Vertreter der oppositionellen Parteien im Ausschusse sich dazu hergegeben hätten, dem Monstrum einige Schönheitspfasterchen aufzuleben, ohne die geringste Aussicht zu haben, ihm wenigstens die gefährlichsten Giftzähne auszubrechen.

Das sind die Gründe, welche uns, die Genossen und die anderen Parteien der Opposition bestimmen, die Mitarbeit an dem Gesetze abzulehnen und den Vertretern der Koalition die Komödie dieser „Beratung“ allein zu überlassen. Damit ist diesen auch sichtbar die volle Verantwortung für das Gesetz und alle sich daraus ergebenden Folgen zugesprochen. Unsere Abgeordneten haben durch diesen Schritt auch kundgetan, daß der Boden des Parlamentes, auf dem ihre Bewegungsfreiheit durch eine maßlos drakonische Geschäftsordnung behindert ist, zum Abwehrkampf gegen solche Attentate auf die politische, soziale und kulturelle Freiheit, wie es dieses Ausnahmegesetz ist, nicht ausreicht. Die heutigen Nachhaber glauben ihre Herrschaft mit diesem Gesetze dauernd begründet zu haben. Aber gerade der Umstand, daß sie es für nötig halten, im fünften Jahre ihres Regierens ein solches Ausnahmegesetz zu ihrer Stütze zu schaffen, beweist, wie wankend und morisch das Gebäude ihres Gewaltregimes geworden ist. Weder papierne Paragrafen, noch Kerker und Galgen haben je dauernd die Entwicklung zu hindern vermocht. Diese Entwicklung wird auch die Witterstäbe brechen, welche der Entwurf des Schutzesetzes schmieden will.

dieses sauberen Blattes, das natürlich genau weiß, daß es, indem es die Erzählungen der beiden tschechischen sozialdemokratischen Blätter noch unterstreicht, die Stimmungsmache der Koalitionsparteien für das Ausnahmegesetz unterstützt. Im Leitartikel des Morgenblattes wird „von juristischer Seite“ gegen das Ausnahmegesetz geschrieben, damit man zeigt, daß das „Prager Tagblatt“ der patentierte Hüter der Demokratie ist, in der „Abendzeitung“ wird der Reaktion Vorwurf geleistet, indem man ihr „Material“ dafür liefert, wie notwendig das Schutzesetz ist.

Wir haben uns, da die Nachricht der genannten Blätter den Eindruck der größten Enttäuschung macht, sowohl im Ministerium des Äußeren, als auch im Prager Polizeipräsidium erkundigt und von beiden Stellen die Mitteilung erhalten, daß an der ganzen Nachricht nicht, wahres ist und daß es sich hier um eine Lüge handelt. Wenigstens wird das Ausland an solchen erdichteten Nachrichten sehen, wie hierzulande Stimmungsmache für das Schutzesetz betrieben wird. Die Methoden, die man hier betreibt, kennt man ja von früher her, aber daß sich eine sozialistische Partei zur Verbreitung solcher unwahrer Nachrichten hergibt, ist etwas Neues: Bis zu welchem Grad die journalistische Moral das sozialistische Verantwortlichkeitsgefühl und die proletarische Wahrheitsliebe der tschechischen Sozialdemokratie herabgesunken ist, sieht man nunmehr einwandfrei daraus, daß das Zentralorgan dieser Partei Hand in Hand mit der bürgerlichen Zensurationspresse marschiert und keine Lüge faulständig genug ist, um nicht für das Schutzesetz Propaganda zu machen.

Die Ruhrspenden der Gemeinden und Bezirke. Die politische Landesverwaltung Böhmens hat an die Bezirksverwaltungen einen Erlaß gerichtet, in welchem den Gemeinden und Bezirken das Recht abgesprochen wird, aus ihren Mitteln Spenden für die Ruhraktion zu leisten. Alle bisher gefassten derartigen Beschlüsse werden durch diesen Erlaß aufgehoben. Die politische Landesverwaltung beruft sich hierbei auf den § 102 der Gemeindeordnung, nach welchem die Staatsverwaltung die Gemeinden dahin beauftragt, daß sie „ihre Geltungskreise nicht überschreiten und nicht gegen die bestehenden Gesetze vorgehen“, und auf dem § 79 des Gesetzes über die Bezirksvertretungen, der ebenfalls vom „Überschreiten des Bereiches“ und vom „Verstoß gegen die bestehenden Gesetze“ spricht. Nun geht es wieder über den Geltungsbereich der Gemeinden und Bezirke hinaus, noch ist es ein Verstoß gegen die bestehenden Gesetze, wenn die Gemeinden oder Bezirke aus ihren Geldmitteln Spenden zu irgendwelchen Zwecken aufbringen. Die tschechischen Selbstverwaltungskörper haben wiederholt Geldbeiträge zu den verschiedensten Zwecken hergegeben, beispielsweise zur Unterstützung des tschechischen Schulwesens in Wien oder zu Zwecken der Auslandspropaganda, ohne daß man sie daran im geringsten gehindert hätte. Der Erlaß der Landesverwaltung ist daher eine gesetzwidrige Gewaltmaßnahme, zu deren Demantelung die zwei genannten Gesetze zitiert werden, die aber gar keine rechtliche Handhabe bieten. Der Uebergang der politischen Landesverwaltung verdient also energische Zurückweisung und wird wohl auch entschiedene Abwehr auf dem Boden des Parlamentes finden. Keine tschechische Regierung und keine Behörde des tschechisch-slowakischen Staates wird in der Lage sein, zu verhindern, daß die deutsche Bevölkerung dieses Staates, die mit ihren Sympathien den heroischen Kampf der Ruhrbevölkerung gegen den französischen Imperialismus verfolgt, die Opfer dieses Kampfes auch finanziell unterstützt. In unseren Gewerkschaftsorganisationen wird bereits darüber ver-

Inland.

Das erfundene Attentat auf Dr. Beneš.

Stimmungsmache für das Schutzesetz.

Die tschechischen Sozialdemokraten, die sich an die Spitze der Agitation für das Gesetz zum Schutze der Reaktion gestellt haben, fühlen, wie schwach ihre Position in der Begründung der Notwendigkeit dieses Gesetzes ist und suchen frampfhaft nach irgendwelchen Tatsachen, welche sie in der tschechischen Arbeiterschaft rechtfertigen könnten. Da es nun an solchen Tatsachen mangelt, erfinden sie solche. Das „Právo Lidu“, dessen Phantasie mit jedem Tag, da die Welt immer mehr erkennt, daß der Gesetzesentwurf zum Schutze der Reaktion einen Schlag ins Gesicht der Demokratie bedeutet, wächst, drückt seiner Gesinnungsgenossin, der Pädagogin „Rosa Doba“ eine Nachricht nach, daß angeblich „in den Wänden des Attentates auf Raschin der Versuch eines Attentates auf Dr. Beneš gemacht wurde“ und daß nach Beneš der „silberhaarige Habrman“ daran kommen werde. An der ganzen Nachricht ist gar nichts Greifbares, in lauter unbestimmten Ausdrücken wird herumgeredet, Andeutungen werden gemacht, ohne daß sich diese Andeutungen zu einer greifbaren tatsächlichen Nachricht verdichten würden. Die tschechische Sozialdemokratie, die aus den Tatsachen eine Rechtfertigung ihrer Politik nicht mehr empfängt, stücht sich ganz einfach in das Gebiet der Märchen, aber leider nicht der Märchen unschuldiger Kinder, sondern solcher, die

eine jahrbare Tendenz haben, nämlich die Stimmung für das Ausnahmegesetz zu schaffen. Ob die Nachricht der Wahrheit entspricht oder nicht, das kümmert diese Sorte von Journalisten überhaupt nicht mehr.

Die „Prager Abendzeitung“, die Abendausgabe des „Prager Tagblattes“, die in dieser Andeutung der beiden sozialdemokratischen Blätter nichts anderes als die Möglichkeit sieht, eine Sensation zu bringen, kann natürlich noch mit allerhand „Details“ aufwarten. Zunächst wird eine Geschichte davon erzählt, daß im Dezember ein „junger Mann“ in die Redaktion irgend eines Prager Blattes kam und mitteilte, daß die Faschisten die Redaktion des Blattes demolieren wollen und so nebenbei auch bemerkte, daß ein „Attentat“ auf den Minister des Äußeren vorbereitet werde. Mit dem Attentat soll es, wie das Blatt wörtlich schreibt, folgende Bewandnis haben:

„Anfangs Februar vorbereitete sich in Prag das Verbrechen, daß auf Beneš ein Attentat verübt worden war. Ein junger Mann, angeblich ein Kommunist, habe in der Burg auf dem Gang zwei Schüsse gegen Minister Dr. Beneš abgefeuert, die aber glücklicherweise fehlgingen. Der Attentäter wurde verhaftet. Die Nachricht von dem Attentat wurde unterdrückt und gelangte nicht in die Öffentlichkeit, weil man nach dem Attentat auf Raschin Rücksicht auf das Ausland nahm.“

Wie man sieht, ist diese Nachricht ebenso verhältnismäßig wie die erste und entspricht nichts anderem, als dem Sensationsbedürfnis

Der Opernbetrieb in Prag.

Künstlerische und wirtschaftliche Mängel.

Die Klage über den Verfall der Opernpflege am Prager deutschen Theater wird immer allgemeiner; der laune Opernbetrieb der letzten Monate, die immer gähnender sich auftuenden leeren Parkettreihen und Logen bei den meisten Opernvorstellungen, die Teilnahmslosigkeit des Publikums selbst Wagneroper gegenüber, die sich aus Gründen traditioneller Wagnerbegeisterung bisher immer noch des lebhaftesten Zuspruchs der Opernfreunde zu erfreuen hatten, immer bedenklicher. Die Gründe der gegenwärtigen Opernlosigkeit des Prager deutschen Publikums sind damit auch der künstlerischen und wirtschaftlichen Not unserer deutschen Opernbühne lassen sich leicht finden, wenn man Augen und Ohren im Theater offen hat. Sie sind teils finanzieller, geschäftlicher, teils künstlerischer Natur. Finanziell nicht gerechtfertigt, gar bei einem Privattheater und daher auf geschäftlicher Basis ruhenden Unternehmen, ist zunächst der unüberhältnismäßig große, den größten Hof- und Staatstheatern kaum nachstehende Aufwand an künstlerischem Personal. Dieser Aufwand kommt schon in der Theaterleitung zum Ausdruck. Früher, in den besten Zeiten der Prager deutschen Bühne, gab es einen einzigen Direktor, während heute drei Direktoren für den Opernbetrieb mitverantwortlich sind. Die Bestellung eines eigenen Operndirektors erscheint uns nicht als dringendes Bedürfnis, wenn der erste Kapellmeister seinen Platz entsprechend ausfüllen würde. Wenigstens würde der erste Kapellmeister eine regere Tätigkeit am Pult entfalten als der sich hierfür meist zu gut dünkende Operndirektor. Während die leitenden ersten Kapellmeister am Prager deutschen Theater immer eine besondere Ehre darin sahen, möglichst oft den

Lakstod zu ergreifen, tragen heute Opernvorstellungen unter der Leitung unseres Operndirektors den Charakter besonderer Ereignisse. Neben dem Operndirektor wirkt aber an unserer deutschen Opernbühne noch mindestens ein halbes Duzend weiterer Kapellmeister und Korreptoren. Ein Aufwand, der keineswegs begründet ist, wenn man bedenkt, daß in früheren Zeiten mit der Hälfte des Auslages gefunden wurde. Dasselbe gilt hinsichtlich der verhältnismäßig angestellten Sängerrinnen und Sänger. Etlliche belasten das Theater, ohne ihm mit neuemwertiger künstlerischer Arbeit zu dienen. Etlliche sind unter ihnen, die wenig Klarheit herrscht ferner in der Frage der Opernregie. Zwar besitzt unser Theater einen eigenen Opernregisseur; die Regie der meisten Opernvorstellungen aber liegt nicht in seinen Händen, sondern wird von regieunfähigen Sängern besorgt. Vorans man folgern kann, daß diese für den praktischen Gebrauch genügen würden und jene teure Sonderkraft erspart werden könnte. Ein besonderes Kapitel der Finanzpolitik unserer Opernbühne nehmen die kostspieligen Gastspiele ein. Ihrer übertriebenen Menge könnten wir leicht entraten, wenn wir ein eigenes tüchtiges Ensemble hätten, das uns das Publikum anlockende Opernvorstellungen von Rang sichern könnte. Denn die ständige Gastspielwirtschaft hat es bewirkt, daß das Publikum, durch die Sensation berühmter Künstler und „Stars“ verwöhnt, gewöhnlichen Vorstellungen nur geringes Interesse entgegenbringt. Gewiß, gelegentliche Gastspiele sind eine Notwendigkeit für jedes Theater, einmal als Gradmesser für die eigene heimische Kunst dem Publikum gegenüber, zum andern als Lehrbeispiele für die eigene Kunstschafferschaft; aber als zur Regel erhobene Einrichtung bewirken sie leicht das Gegenteil.

Zu den ausschlaggebenden Gründen der wirtschaftlichen Not unserer deutschen Oper gehören

auch die unüberhältnismäßig hohen Preise der Plätze und Abonnements. Solange nicht nach dieser Seite hin ein radikaler Abbau erfolgt und wenigstens gewisse Plakategorien dem Mittelstande und Volke als eigentlichem Publikum zugänglich gemacht werden, ist nicht daran zu denken, ein regelmäßig gut besuchtes Haus zu erhalten. Denn die Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegsjahre hat gelehrt, daß die in dieser Zeit geborenen neuen Reichen kein entsprechender Ersatz für das Vorkriegspublikum sind, sondern nur bei einzelnen besonderen Anlässen, namentlich aber bei Operetten, Schwanen und Poffen den Weg ins Theater finden. Das gerade das deutsche Theater eines der teuersten unter allen Prager Bühnen ist, sei nur nebenbei bemerkt. Ist es ja auch das teuerste sogar in seinen Garderobegebühren. Ueberall anderswo ist die Garderobegebühr für die Person festgesetzt, während man im deutschen Theater für jedes Stück bezahlen muß. Auch der Luxus einer eigenen Theaterzeitung, die nicht nur das Theater selbst materiell belastet, sondern auch den Theaterbesuchern Auslagen verursacht, ist nicht am Platze. Wäre die Theaterzeitung billiger, so würde sie ohne Zweifel auch rentabler sein; ihr dermaliger Preis aber schließt eine stärkere Abnahme durch das Theaterpublikum vollständig aus. Einfache, billige Theaterzeitung wie ebendem, mit kurzen Inhaltsangaben und Notizen auf der Rückseite, würden denselben Dienst leisten.

Gegenüber den realen finanziellen und wirtschaftlichen Gründen für den Niedergang der Prager deutschen Opernbühne erscheinen die ideellen künstlerischen in ihren praktischen Auswirkungen von mehr oder weniger untergeordneter Bedeutung, weil ihre Beseitigung ausschließlich von der besseren Einsicht und Erkenntnis ihrer schädlichen Wirkungen abhängt. Am nachteiligsten vom künstlerischen Standpunkte aus macht sich das Fehlen einer wirksamen einheitlichen künstlerischen

Leitung des Opernbetriebes bemerkbar, das Fehlen eines entsprechenden Systems, nach dem der ganze Komplex der Opernvorstellungen geordnet ist. Troßdem das Theater gerade für diese Aufgabe durch die Stelle eines eigenen Operndirektors die richtige Persönlichkeit haben sollte. Wir kennen das Programm dieses neugeschaffenen Postens nicht, entnehmen aber aus den grundsätzlichen Mängeln des Opernbetriebes, daß es sich auf ein der allgemeinen Opernleitung abgelehrtes besonderes Tätigkeitsgebiet erstrecken muß. Wie anders wäre die gang und gäbe gewordene Unordnung im Spielplan zu erklären? Es gibt kaum ein zweites Theater von Rang, an dem Abfragen von Vorstellungen, ihre Erlegung durch minderwertige, Einschleppungen minderwertiger Kunstkräfte anstelle in Aussicht genommener hochwertiger, willfährliche Beteiligung der Abonnentenserien mit Vorstellungen mehr an der Tagesordnung wären, wie das Prager deutsche Theater. Auch die Herausstellung völlig unzureichender Gesangsolisten, die Möglichkeit von Gastspielen seitens Sängerrinnen und Sängern, die schon nach dem üblichen Probe-singen zurückzuweisen wären, und die Tatsache wiederholter Fehlengagements lassen sich nur aus dem Mangel einheitlicher künstlerischer Leitung erklären, wenn nicht sogar Protektionswirtschaft ihre tiefere Ursache ist. Ebenso wäre die mangelhafte Ausarbeitung und Durchführung vieler Repertoire-Opern, die Fragwürdigkeit ihrer musikalischen Aufmachung und Regie, das zur Gewohnheit gewordene Versagen der Chöre und größerer Ensemblebesätze, — wodurch der Mangel regerer und ernstere Probenarbeit angereizt und ohrenschallig wird, — nicht denkbar, wenn die kräftige Hand einer zielbewußten künstlerischen Oberleitung am Werke wäre. Alle die aus solchen Mängeln erzeugten Mängel und Schäden sind Grund genug, das Publikum unserer Oper zu entfremden. Auch der immerwährende Personalwechsel in den Solisten-

Wieder ein französisch-belgischer Kriegsrat.

Konkulation von Privateigentum.

diale, blieb und trat auf der Marokkonferenz von Algieras (Jänner bis März 1906) deutlich in die Erscheinung. Zwar setzte Deutschland hier viele seiner Forderungen durch, aber es mußte auch erkennen, wie ganz vereinamt es unter lauter Gegnern bestand — zum guten Teile deshalb, weil es gar zu unverhüllt auf seine Kraft pochte und keine Gelegenheit verabsäumte, die anderen vor den Kopf zu stoßen.

Paris wurde der Mittelpunkt des europäischen Deutschentums und ward es 1911 noch offenkundiger, als im Febr. nach immer weiteren Fortschritten Frankreichs in der „wirtschaftlichen Durchdringung“ Marokkos, Delcassé das Marine-Ministerium übernahm. Die Wiederkehr des Mannes, der unter so auffälligen Umständen gegangen war, bedeutete ein Warnsignal, sein Bedürfnis nach persönlicher Revanche und der immer heißere Revanchegedanke der jungen Generation Frankreichs vereinigte sich zu einer neuen aktiven Politik: Französische Truppen besetzten Belgien, die Hauptstadt Marokkos, und Frankreich ließ sich die marokkanischen Einflüsse verpfänden. Die Antwort war die Landung des deutschen Raubbootes „Panther“ im westmarokkanischen Hafen Agadir. Wieder stand Europas Friede auf des Messers Schneide, nochmals zog die Wölfe vorüber und am 11. Jänner 1912 führte Delcassé, da ihn Cailaux aus seinem Ministerium ausschloß, um europäische Verwicklungen zu vermeiden. Ein Jahr später konnte er über Auftrag Poincarés als Gesandter in Petersburg sein altes Ziel weiter verfolgen, die letzten Vorarbeiten des französischen und russischen Imperialismus für den Weltkrieg wurden, wie die ersten, von Delcassé geleitet. Es stand nur der richtige Mann am richtigen Orte, wenn beim Ausbruch des Krieges, am 8. August 1914, Delcassé einen Tag lang das Außenministerium provisorisch führte.

Paris, 21. Febr. (Zsch. B.). Ueber die Verhandlungen, die der belgische Ministerpräsident Theunis heute nachmittags mit Poincaré und den französischen Ministern für Finanzen, Krieg, öffentliche Arbeiten und befreite Gebiete geführt hat und denen Marschall Foch und die Generale Bégnaud und Buat beizuohnten, wird ein offizielles Communiqué ausgegeben, nach dem alle die Besetzung des Ruhrgebietes betreffenden Fragen, namentlich die Frage der Ausfuhrerlaubnis, der Steuern und Abgaben, des Verkehrs und der Währung behandelt wurden. Auch wurden neue Maßnahmen berührt, die im Falle der Fortsetzung des deutschen Widerstandes ergriffen werden sollen, insbesondere die Beschlagnahme und der hierauf folgende Verkauf von Industrieprodukten sowie von Halbprodukten und Fertigfabrikaten zugunsten der Alliierten. Es werden Verordnungen erlassen werden, damit die neutralen Länder durch das Ausfuhrverbot nicht leiden. Es wurde weiter die Einhebung von Abgaben auf die nach Deutschland eingeführten fremdländischen Pro-

dukte in Erwägung gezogen. Schließlich genehmigte die Konferenz einen allgemeinen Plan betreffend die eventuelle Einführung einer neuen deutschen Währung in den besetzten Gebieten unter Mitwirkung eines französisch-belgischen Finanzkonsortiums. Eine Entscheidung bezüglich dieser Verfügung wird getroffen werden, sobald die Reichsregierung durch Verminderung des im besetzten Gebiete im Umlauf befindlichen Geldes die Alliierten zu diesem Vorgehen nötigen wird.

Paris, 22. Febr. (Havas.) Wie verlautet, sollen französische und belgische Behörden den Eisenbahnbetrieb am linken Rheinufer und im Ruhrgebiete, welcher durch die Schuld Deutschlands stößt, in eigene Verwaltung übernehmen. General Degoutte würde an der Spitze der neuen Verwaltung stehen, doch würde ihm ein hervorragender belgischer Eisenbahnsachmann zugewiesen werden, sodaß die Verwaltung des autonomen Eisenbahnnetzes vollkommen gesichert wäre.

sondere oder der frühere Ministerpräsident Friedrich. Der Angeklagte Pallagay erklärte, er sei mit Troop über die Grenze gereist, um den Transport der Höllemaschine mit einer bestimmten Menge von Ukrafit zu besorgen. Pallagay stand in Diensten des ungarischen Militärabtes gestanden zu haben.

Französisch-russische Verhandlungen?

Paris, 22. Febr. (Havas.) „Echo National“ veröffentlicht mit offenem Vorbehalt die Meldung, daß sich der Ministerrat am Dienstag mit der Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Sowjets befaßt habe und beschlossen haben soll, in einem Monat eine von einem hervorragenden Politiker geführte Mission nach Moskau zu entsenden.

Doumergue zum Präsidenten des Pariser Senates gewählt.

Paris, 22. Febr. (Havas.) Doumergue wurde mit 142 Stimmen zum Präsidenten des Senates gewählt. Auf Desfaves entfielen 133 Stimmen.

Tages-Neuigkeiten.

Heirat oder — Gewinnanteil. In jenem Teil der „Bohemia“, wo niemand dem anderen ein K für ein U vormacht, fand sich gestern folgende nette Anzeige:

Privatbeamter

Sucht: Kapitalkraft. Dame, welche ihm Geld zur Ausarbeitung einer überseeischen Millionenerbschaft zur Verfügung stellt. Bei gegenseitigem Einverständnis Heirat nicht ausgeschlossen. — Ansonsten Gewinnanteil.

Also wird der Kapitalier die Kapital- und sonstigen Kräfte der Dame ausprobieren und auf solche Weise seine „überseeische Millionenerbschaft“ „ausarbeiten“. Ist die Dame einverstanden, will er sie heiraten, wann nicht, sicher: er ihr einen Gewinnanteil. Es ist nicht einzusehen, warum die Dame nicht gleich Mitbesitzerin aller Millionen, sondern nur Teilhaberin am Gewinn sollte werden wollen. Aber sei dem wie immer: ein Beweis, wie in dieser segensreichen Ordnung Millionen zu erlangen sind, ist dieses Inserat jedenfalls. Der Herr Privatbeamte sieht sich einen größeren Betrag aus „Arbeit“ sich und seine Millionenerbschaft aus und wird so nach schwerer Mühe Millionär. Und die kapitalkräftige Dame stellt sich mit ihrem Geld, das doch auch nur eine Frucht der Anbeuerung sein kann, dem Herrn Ausarbeiter zur Verfügung und wird so Millionärin. Welches Geschäft die „Bohemia“ dankbar vermittelt. Eine feine Gesellschaft.

Marschall-Foch und Fahren für die deutschen Schulen.

Das Präsidium des Landesschulrates in Prag hat allen Ortschulräten aufgetragen, daß alle deutschen Schulen mit dem Bewußtsein des Präsidenten der Republik zu versehen sind, widrigenfalls sie eventuell aufgelöst würden. Der Landesschulrat tat dies in der Weise, daß er eine Menge von gesetzlichen Bestimmungen zitierte, welche die Anordnungen recht fertigen sollten. Alle diese angegebenen Gesetze und Verordnungen sind jedoch nicht in stande einen Zwang zur Anschaffung von Bildern des Staatsoberhauptes auf Kosten der Ortschulräte zu rechtfertigen. Ebenso hat eine Verordnung des Ministeriums für Schulwesen und Volksschulen bestimmt, daß im Inventar jeder öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schule mindestens eine Staatsfahne einzureihen sei, seit jüngster Zeit auch eine Tricolorfahne. Auch hier ist zu betonen, daß eine gesetzliche Verpflichtung für die Ortschulräte, Fahnen im Inventar auf eigene Kosten zu führen, nicht besteht und daß die Verordnung des Ministeriums nicht im Sinne des § 55 der Verfassungsurkunde erlassen ist. Der versuchte Druck auf die deutschen Ortschulräte zur Anschaffung von Bildern des Präsidenten und von Fahnen für die deutschen Schulen entbehrt daher jeder gesetzlichen Grundlage; er greift sogar in die privatrechtliche Seite der Rechte der Staatsbürger und inländischer Körperschaften ein. Umso ungesetzlicher ist natürlich

gen haben, damit es da so prächtige Früchte zeige. In unserm Andenken wird Genosse Kreibitz immer fortleben!

Ein Republikanischer Schutzbund in Wien. In der großen Vertrauensmännerversammlung die wegen des Mordes der Monarchisten am Mittwoch in Wien stattfand, führte Genosse Friedrich Adler aus, daß sich ein „Republikanischer Schutzbund“ für das Land Wien bereits konstituiert habe. Der Vorstand besteht aus den Genossen Friedrich Adler, Otto Bauer, Julius Braunthal, Julius Deutsch, Karl Heinz, Hans Stallina, Alfred Waret, Friedrich Wauer, Leopold Romak, Johann Bösl, Alois Stodhammer und Johann Vogl. Nach der Rede des Genossen Adler und der sich darauf anschließenden Debatte, in der der tschechische Sozialdemokrat Borek das Verleiden der tschechischen sozialdemokratischen Partei in Wien und Niederösterreich aus sprach und erklärte, daß die Wiener tschechische Arbeiterpartei treu mit den deutschen Genossen an der Bahre des Ermordeten stehe, wurde von der Vertrauensmännerversammlung die Gründung des Republikanischen Schutzbundes gutgeheißen. — An dem Leidenbegangnis der ermordeten Genossen Birneder werden die Wehrmänner und die Eisenbahner in Uniform teilnehmen. Die tschechischen Sozialdemokraten Wiens beteiligen sich gleichfalls an der Trauerkundgebung und versammeln sich auf einem eigenen Sammelplatze.

Abkündigung des Numerus clausus in Bukarest. Aus Bukarest wird gemeldet: Das große Kollegium der Universität trat neuerlich zusammen. Es wurde eine Resolution angenommen in der der Numerus clausus als unmöglich zurückgewiesen wurde.

Festnahme einer Kleinfahnde von Banknotenfälschern in Amerika. Genet meldet aus Washington: Bisher sind 64 Personen verhaftet worden im Zusammenhang mit der Verdeckung einer Fahnde von Falschmünzern, die das Land mit unechten Noten, Marken und Wägen im Betrage von mehr als einer Million Dollars überflutet haben. Die Fahnde hat außerdem mit dem falschen Gelde große Vorräte von alkoholischen Getränken von Schmuggelern angekauft. Man rechnet damit, daß insgesamt 1000 Personen verhaftet werden.

Wardanschlag eines Antisemiten gegen eine Hochzeitsgesellschaft. Wie die Blätter aus Braunau melden, wurde bei der Hochzeit der Tochter des Braunauer Lederhändlers Weich gegen die Hochzeitsgesellschaft eine Bombe geschleudert, wodurch vier Personen verletzt wurden. Die Brandstiftung ihrer Verletzungen erliegen. Der Täter, ein 18-jähriger Hakenkreuzler, gab bei seiner Einvernahme an, daß er die „ganze jüdische Gesellschaft in die Luft sprengen wollte“. Die Nachforschungen der Gendarmerie und Polizei werden weitergeführt.

Wiederaufnahme des Flugverkehrs Paris-Prag-Konstantinopel. Nach einer Meldung der „Prager Presse“ ist der Flugverkehr zwischen Paris-Prag-Konstantinopel mit einer Abzweigung von Prag nach Warschau, am 15. d. M. wieder aufgenommen worden. Die Strecke Prag-Konstantinopel führt über Wien, Budapest, Belgrad und Bukarest. In jeder dieser Stationen nimmt das Flugzeug eine halbe Stunde Aufenthalt. Die Transporttarife, besonders für Warenbeförderung, sind im heurigen Jahre bedeutend ermäßigt worden. Vorläufig finden die Flüge von Prag aus dreimal wöchentlich statt und zwar in der Richtung nach Paris jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag, nach Konstantinopel und Warschau jeden Mittwoch, Freitag und Sonntag.

Aufhebung eines Todesurteils. Der wegen Doppelgänger in Saaz in der Herftigung der Priker Schwurgerichtes zum Tode verurteilte Friedrichsgärtner Gustav Schmiedl wurde begnadigt. Das Todesurteil wurde in eine lebenslängliche Anstaltstrafe, verhängt durch eine fast vierjährige und Dunkelzelle an jedem 3. November, umgewandelt.

Wegen Blutschande und Kindesmord verhaftet. Dieser Tage wurden der Häusler Johann Rade aus Aekwas bei Nepomuk und seine Tochter Agnes wegen Kindesmord verhaftet und dem Wiener Kreisgerichte eingeliefert. Rada hatte mit seiner Tochter Blutschande getrieben. Das Verhältnis blieb nicht ohne Folgen. Sie stürzten das Kind nach der Geburt und verscharrten die Leiche.

Eine verdächtige Gesellschaft. In der Zigelei der Prager Aktiengesellschaft in Prag-Koditz pflegte eine mehrköpfige verdächtige Bande zu übernachten. Als nun der Zigeleiverwalter Wendelin Paulka der Bande den Unterschlupf verweigern wollte, wurde er mit Tätlichkeiten bedroht, sodaß der Verwalter in der nachbarlichen Fabrik Diffe suchen mußte. Die Polizei wurde verständigt und verhaftete den 30-jährigen W. Hamerschmidt aus Smichow, einen gewissen Franz Bublila aus Smichow, den Wenzel Jatoh aus Prag bei Pisek, den 50-jährigen Ferdinand Janda aus Smichow, einen gewissen Emil Jaloweh, Josef Rat, Johann Haeckel, sowie dessen beide Schwestern und noch einige der Bande angehörige Frauen und Männer. Die verdächtige Gesellschaft wurde nach Smichow transportiert und dem Gerichte eingeliefert.

Aus dem Prager Polizeibericht. Auf dem Bahnhof in Smichow geriet gestern mittags der Arbeiter Benzel Korzelt zwischen zwei Waggonen wobei ihm der linke Fuß zerquetscht wurde. — An dem deutschen physiologischen Institut in Prag wurden im Jahre 1920 drei Mikroskope entwendet. Die Täter konnten bisher nicht ausgeforscht werden. Gestern versuchten um der 23-jährige Mediziner Franz Jelinek aus Karolinenthal und der Privatbeamte Miloslav Hasek aus Holschowitz eine der gestohlenen Mikroskope in einem Geschäft in der Altstadt zu verkaufen. Die beiden wurden verhaftet und erklärten, daß die Mikroskope von einem der im Auslande weilenden Studenten seinerzeit gestohlen wurden. — Der 46-jährige Fräulein Wenzel

Telegramme.

Die Freiheit der österreichischen Hakenkreuzler.

Wien, 22. Febr. (Eigenbericht.) Bei dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Petzner in Mödling, der wegen des Hakenkreuzler-Ueberfalles im Mödlinger Stadttheater eine Landtagsinterpellation vorbereitete, in der er Beschwerden gegen den Bezirkshauptmann vorbringen wollte, wurde in seiner Abwesenheit über Weisung des Bezirkshauptmannes eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen, die keinerlei Ergebnis hatte. Auch die gleichzeitigen Durchsuchungen im Kreissekretariat und im Arbeiterheim blieben ergebnislos. Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten führten wegen der Verletzung der Immunität des Genossen Bergel beim Landeshauptmann und beim Präsidenten des Landtages Beschwerde. Der christlichsozialistische Präsident des Landtages versprach, alle nötigen Schritte einzuleiten. Der Landeshauptmann suspendierte sofort den Bezirkshauptmann. Dieser ist deutschnational und hat starke Hakenkreuzlerische Neigungen.

Das Budapester Bombenattentat.

Wien, 22. Febr. (Eigenbericht.) Aus Budapest wird gemeldet, daß die polizeilichen Nachforschungen über das Bombenattentat bisher ergebnislos geblieben sind. Es scheint nämlich, daß die Täter bereits in die Provinz geflüchtet sind. Der Dienstmann, der die Bomben zugeföhrt hat, mußte eine genaue Personenbeschreibung geben. Die Bomben selbst wurden von Sachverständigen untersucht, die sie für sehr gefährliche Handgranaten erklärten. Die Herstellung dieser Granaten erfordert sehr große Sachkenntnis und viel Sorgfalt. Man vermutet, daß die Bomben die gleichen sind, wie die vor einem Jahr bei dem Attentat auf den liberalen Klub verwendeten und aus der Werkstatt des Oberleutnants Sibo kommen. Die Polizei verfolgt nun eine andere Spur. Eine Dame, deren Namen man allerdings nicht kennt, hat in einem Stoffhaus die Herstellung getan. Sie kenne die Täter, der eine sei ein Automobilbesitzer oder Chauffeur.

Ueberall Bomben.

Warschau, 22. Febr. Die Blätter melden, daß gestern ein Dienstmädchen in der Warschauer Universität zwei Bomben gefunden hat, welche dem Militärkommando übergeben wurden und in denen bei der Untersuchung Sprengstoff vorgefunden wurde. Es ist nicht bekannt, ob es sich hier um ein Attentat handelt. Es wurde sofort eine strenge Untersuchung eröffnet.

Die Ungarnverschöpfung in Rumänien.

Bukarest, 22. Febr. (C.R.) In der Verhandlung gegen die Ungarn, die wegen einer Verschöpfung gegen den König angeklagt sind, erklärte Graf Belmont, daß er mit dem Führer der Verschöpfung Tyrkoszy in Budapest bekannt wurde, der ihn als Mitglied der geheimen ungarischen Vereinigung aufnahm. Im Juni 1922 seien sie gemeinsam auf solche Weise nach Rumänien gefahren, die sie durch Vermittlung eines hohen ungarischen Beamten erlangten. Zum Attentat hätte es am 8. Oktober in Bukarest Hippodrom kommen sollen. Die Höllemaschine hätte unter die Ial. Loge gelegt werden sollen. Belmont erklärte, daß er von Gewissensbissen geplagt, die Absicht hatte, die ganze Verschöpfung zu verraten. Belmont erklärte weiter, daß hervorzuheben: ungarische Persönlichkeiten Mitglieder geheimer nationaler Gesellschaften seien, insbe-

die Drohung mit der Auflösung der Ortschulräte. Auch eine solche Maßregel müßte auf gesetzlichem Boden stehen. Bei diesen Zwangsverordnungen soll nur der Mangel einer gesetzlichen Verpflichtung durch die Androhung der Auflösung der sich weigernden Ortschulräte ersetzt werden. Der Erlaß des Landesschulrates kennzeichnet in drastischer Weise die bürokratische Willkür, die sich über Gesetz und Recht hinwegsetzt und mit Drohungen und Gewaltmaßnahmen Leistungen zu erzwingen sucht, zu denen eine gesetzliche Verpflichtung nicht besteht.

Ungeklärte Sprachenprozeß für die Schulbehörden. Der parlamentarische Schulausschuß teilt mit: Seit 1. Jänner 1923 ist im Sprachenverkehr der Schulbehörden eine Aenderung im Gange, welche kein anderes Ziel verfolgt, als die tatsächliche Einführung der tschechischen Amtssprache für sämtliche Schulbehörden. Nicht nur daß die Landesschulräte rein tschechische Erlasse an die Bezirksschulnasschüsse richten, auch diese werden verfaßt, tschechisch zu berichten und sogar an die Ortschulräte und Schulleitungen tschechisch zu schreiben. Die Rechtfertigung der Behörden, daß es sich nur um die Durchführung der Bestimmungen des Sprachengesetzes handelt, ist bei den Schulbehörden ganz unverständlich. Das Sprachengesetz sieht bereits drei Jahre in Wirksamkeit, ohne daß an dem sprachlichen Verkehr der Schulbehörden untereinander in offizieller Weise etwas geändert werden wäre. Das Sprachengesetz enthält vielmehr Sonderbestimmungen für die Schulverwaltung der nationalen Minderheiten. Außerdem sind die Schulbehörden, obzwar sie Organe der staatlichen Schulaufsicht darstellen, auch Organe der Selbstverwaltung. Es ist daher klar, daß sie einer Sonderbehandlung bedürfen und verständlich, daß sich selbst die staatliche Vollzugsgewalt bisher nicht zu einer Aenderung im üblichen und unangefochtenen Sprachgebrauch der Schulbehörden entschließen konnte. Bei der nun eingetretenen Aenderung im Sprachgebrauch handelt es sich um eigenmächtige Verfügungen untergeordneter Organe, die rechtlich nicht verbindlich sein können und von den Unterbehörden überhaupt nicht beachtet werden brauchen. Zu einer Verfügung im sprachlichen Verkehr der Schulbehörden, also zu einer Verfügung, die im wesentlichen eine Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz darstellt, ist verfassungsgemäß einzig und allein die gesamte Regierung berechtigt. Solange diese Verordnung nicht erlassen ist, ist jede Aenderung im Sprachenverkehr der Schulbehörden ungesetzlich. Es liegt daher durchaus kein Anlaß vor, daß die deutschen Orts-, Bezirks- und Landesschulräte und Schuldirektionen sich dem Anstößen fügen, im Verkehr untereinander sich der tschechischen Sprache zu bedienen. Die deutsche Verwaltungssprache in Schulaangelegenheiten ist ein verfassungsmäßig gewährleitetes Recht. Mit diesem Rechte kann auch der tschechischen Amtierung der Landesschulräte durch die autonomen Bezirksschulnasschüsse Widerstand entgegengesetzt werden. Pflicht jedes autonomen deutschen Bezirks- und Ortsschulnasschusses ist es daher, die Verweigerung des tschechischen Sprachenverkehrs für die deutschen Schulbehörden abzuwehren.

Unsere Toten. Dieser Tage ist in Außig wieder ein im jahrehtelangen Kampfe grau gewordener Streiter für die Ziele des Sozialismus und unserer Partei zu Grabe getragen worden. 65 Jahre alt, ist Genosse Kreibitz, der vor 32 Jahren das erstmal zum Obmann der Außiger Metallarbeiterorganisation gewählt wurde und seit dieser Zeit fast ununterbrochen eine Funktion innehatte, aus seinem proletarischen Leben geschieden, nachdem sein ganzes Leben dem Proletariat gewidmet war. Bei der Errichtung des nordböhmischen Landesschulrates wurde Kreibitz Mitglied, später zeitweise Vorsitzender der Landesregulative der Metallarbeiter, nach dem Weltkrieg war Kreibitz hervorragend an dem Aufbau des „Internationalen Metallarbeiterverbandes“ beteiligt. Die Organisationsgruppe der Metallarbeiter in Außig, die Genosse Kreibitz mehr als 30 Jahre leitete, verliert in dem verdienten Genossen eines ihrer tüchtigsten leitenden Mitglieder, das deutsche Proletariat Außigs und der ganzen Republik überhaupt einen jener Unerlöschlichen, die der Jahreshellen das erlösende Wort vom Sozialismus in die Seelungen der Proletarier gefra-

rat aus Rablic wurde verhaftet, weil er durch gefälschte Solldeklarationen die Finanzdirektion in Prag um insgesamt 431.586 K betrogen hat.

Verhaftung. An einem der letzten Tage wurde auf einer Wiese in der Nähe von Kufinen bei Sublowitz, Bezirk Strakonitz, die 69jährige Arbeitergattin Ernestine Jbornitz ertrunken aufgefunden.

Gravenhafter Fund in der Kaschauer Straßenbahn. In einem Motorwagen der Kaschauer elektrischen Stadtbahn wurde Dienstag nachmittags eine Papierschachtel gefunden.

Die ostschlesische Tschechifizierungsmaschine.

Diese Maschine, die, wie uns aus Ostschlesien berichtet wird, sofort nach der Entscheidung über Ostschlesien (am 28. Juli 1920) eingerichtet und seither sorgfältig ausgebaut wurde, arbeitet in der letzten Zeit mit Hochdruck.

Die Hebearbeit der reichsdeutschen Kommunisten. Ungläublich dumme Verleumdung der Sozialdemokratie.

Berlin, 22. Febr. (Eigenbericht.) Die „Rote Fahne“ brachte heute in großer Aufmachung Mitteilungen über angebliche Vorbereitungen zum Bürgerkrieg in Deutschland.

Nun ist aber gerade das Umgekehrte der Fall. Es ist an sich schon ein Unsinn, daß die Sozialdemokraten einen Bürgerkrieg gegen die Arbeiter (!), also gegen sich selbst verursachen wollen.

Alle diese Erscheinungen offenbaren sich bei der Aktion, die gegenwärtig gegen viele ostschlesische Eisenbahner — sowohl bei der Kaschau-Oderberger Bahn als auch bei der Staatsbahn — im Gange ist.

Selbstschußverbände, die nicht die Sicherheit des Reiches verteidigen, bis 31. März anzutreten und der Reichswehr wurde befohlen, den Verbänden keinerlei Unterstützung zu gewähren.

In der heutigen Reichstagsitzung verurteilten die Kommunisten große Kravalle in dieser Angelegenheit, mußten sich aber vom Reichswehrminister sagen lassen, daß an der Werbung der „Roten Fahne“ kein wahres Wort sei.

Kleine Chronik.

Lawinenstürze auf das Spullerseevert im Inn-tale. Wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, ist am Mittwoch beim Spullerseevert eine Staublawine niedergegangen, die dreizehn Arbeiter verschüttete.

Brand großer Automobilfabriken in Melbourne. Die „Le Petit Journal“ aus Melbourne (Australien) meldet, wurden dortselbst große Automobilfabriken durch einen Brand vernichtet und ein Schaden von 20 Millionen verursacht.

Die Niagarakräfte. Das alte Problem, die ungeheuren Kräfte des Niagarafalls nutzbar zu machen, tritt in neuer Form auf.

Die Arbeitsleistung des Herzens. Ueber die Arbeitsleistung des menschlichen Herzens veröffentlicht eine englische anatomische Zeitschrift eingehende Berechnungen.

Tag eine Kraft, die instand ist, nach und nach 46 Tonnen einen Meter hoch zu heben. Während der 70 Jahre bringt das Herz, ohne auch nur einen Augenblick seine Arbeit zu unterbrechen, weder bei Tage noch bei Nacht, somit im ganzen die riesenhafte Masse von 250.000 Kubikmeter Blut in Bewegung.

Ausgrabungen in der Urheimat Abrahams. Der Leiter der britischen Expedition Woolson, der mit der Erforschung der in der Genesis genannten halbsibirischen Stadt Ur beschäftigt ist, hat, wie englische Blätter melden, neben die Grundmauern eines Tempels entdeckt, der als der Tempel der Mondgöttheit festgestellt wurde.

Die Panik beim Brande des Nationaltheaters in Sofia. Ueber die Einzelheiten beim Brande des Nationaltheaters in Sofia wird berichtet: Das Feuer entstand während der Wiederholung der Festvorstellung, die bekanntlich durch ein Bombenattentat gestört worden war.

Die Panik beim Brande des Nationaltheaters in Sofia. Ueber die Einzelheiten beim Brande des Nationaltheaters in Sofia wird berichtet: Das Feuer entstand während der Wiederholung der Festvorstellung, die bekanntlich durch ein Bombenattentat gestört worden war.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (9)

Freitag war Vaters Jahrtag. Das war immer ein Sturmtag, der sich schon am Morgen finster ankündigte, wenn Maria den Mann zur Arbeit entließ.

Wirtshaus, bekam sein eigenes Bierglas und vertrat den Vater beim Taroffwieseln, wenn der gerade anders zu tun hatte.

Innerlich stand Ernst dem Vater näher. Die ruhige, sichere, zuverlässige Art des Vaters schien ihm bessere Gewähr, als die lebhaftige, aber wandelbare, wortschnelle, doch selten aufrechte Art Marias.

Das Leben daheim hatte Ernst lieb, und wenn er überall lieber wollte, als im Wirtshaus, so war es in der Wohnung, daß er mit jeder Stunde, die er nicht daheim war, einer Woche entging.

seiner Bildung. Das Verhältnis zur Schule war unhaltbar geworden. Obwohl leicht allen Forderungen des Unterrichtes gewachsen, wurde Ernst vorzeitig aus der Schule entlassen.

Eine sehr weise, sicher erzieherisch gedachte Einrichtung der Schule wollte, daß sich jeder Schüler seine Strafen von den Eltern im „Sittenbüchel“ bestätigen lasse.

Ernst sah die Schule noch einmal. Da holte er sein Zeugnis ab, welche Gnade ihm die Schulleitung gewährte. Es hieß darin, daß der Schüler Ernst Löhrer bei tadelwertem Betragen und ungleichmäßigem Fleiß sehr gute Leistungen erbracht habe.

dem. Aber Ernst wollte es ihnen auf gar keinen Fall sagen. Am dritten Tag erschien sein alter Freund, der Bedell, auf der Bildfläche und deckte Alles auf.

Die Mutter stand fassungslos vor dieser Offenbarung. Sie schlug die Hände über den Kopf, bedachte Ernst mit schmerzlichen Schimpfreden und überlegte doch zu gleicher Zeit, wie dem Vater die Geschichte recht harmlos und mündgerecht vorzubringen sei.

Ernst sah die Schule noch einmal. Da holte er sein Zeugnis ab, welche Gnade ihm die Schulleitung gewährte. Es hieß darin, daß der Schüler Ernst Löhrer bei tadelwertem Betragen und ungleichmäßigem Fleiß sehr gute Leistungen erbracht habe.

Sehr stolz auf dieses Zeugnis wartete Ernst das Ende des Unterrichtes ab, um bei den Kameraden zu prangen. Einige sahen, als sie die Noten sahen, aber jeder war froh, nicht in Ernst Löhrers Haut zu stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die tschechische Amerikaschuld.

Sitzung des Budgetausschusses.

Vor Eingang in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses beantragte Abg. Genosse Taub: „Das Finanzministerium wird aufgefordert, dem Budgetausschuss in der nächsten Sitzung einen Bericht über die auswärtige Schuld und über die Tätigkeit der nach Amerika zu entsendenden Kommission zu erstatten.“ Zur Begründung dieses Antrages führt Abg. Genosse Taub aus, dass, soferne die Zeitungsnachrichten den Tatsachen entsprechen, der im Budget präliminierte Betrag zur Tilgung des Zinsendienstes nicht hinreicht. Wir glauben, dass der Budgetausschuss ein Recht hat, das Verlangen zu stellen, dass er in erster Linie gründlich über alle finanziellen Transaktionen informiert wird, dass auch dem Ausschuss mit aller Klarheit darüber berichtet wird, wie hoch die Schuld nach Auffassung der amerikanischen Regierung ist. Ebenso ist es für den Budgetausschuss von ganz besonderem Interesse, zu erfahren, ob zur Feststellung der tatsächlichen Schuldentlast eine Finanzkommission entsendet werden müsse. Es muss dem Budgetausschuss auch darüber Mitteilung gegeben werden, auf welche Umstände es zurückzuführen ist, dass die tatsächliche Schuld durch unsere Administrative nicht ermittelt werden kann.

Der Antrag gelangt zur Annahme.

Ein zweiter von unserer Fraktion überreichter Antrag fordert die Regierung auf, die Durchführungsverordnung zum Gesetze, betreffend die Regelung der Bezüge der Staatsbeamten vor der Verlautbarung dem sozialpolitischen und Budgetausschuss zu unterbreiten. Abg. Genosse Taub verweist darauf, dass bei der Beratung des Gegenstandes sowohl im sozialpolitischen als auch im Budgetausschuss der Vertreter des Finanzministeriums, Sektionschef Dr. Blazak, ausdrücklich erklärt hat, dass die Bestimmung, wonach jene Staatsbeamten, deren Frauen einem Erwerbe nachgehen, auf die Zulage keinen Anspruch haben, so aufzufassen sei, dass die Frau ein selbständiges Gewerbe ausüben muss. Entgegen dieser Erklärung, die auch im Motivenberichte Aufnahme gefunden hat, werden den Staatsbeamten, deren Frauen irgend einem Erwerbe nachgehen, Abzüge gemacht. Ebenso waren die beiden Ausschüsse der Auffassung, dass den ledigen Beamten, die Familien-erhalter sind, die Zulage, die sie bisher bezogen haben, mit dem für alle Beamten vorgesehene Abzug zur Auszahlung gebracht wird, und dass erst für die nach dem 1. Jänner 1923 in den

Dienst des Staates eintretenden Beamten die Bestimmung Anwendung zu finden hat, dass sie als ledige Beamte zu betrachten sind.

Sektionschef Dr. Groh erklärte im Namen des Finanzministeriums, dass die Durchführungsverordnung bereits erlassen sei, und dass demnach den Wünschen der deutschen sozialdemokratischen Mitglieder des Budgetausschusses nicht Rechnung getragen werden kann.

Der Konflikt im Ostrauer Revier. Mittwoch den 21. d. fand in Nährisch-Ostau über Anregung des Revierbergvertrages eine Besprechung zwischen den Vertretern der Kohlengrubenbesitzer und der Bergarbeiter statt. Besprochen wurden der neue Kollektivvertrag, die Frage der Samstagsschicht, die Löhne und die Bestimmungen über die Deputatlohn und die Urlaube. Da es insbesondere in der Frage der Samstagsschicht zu keiner Einigung kommen konnte, wurde ein engeres Komitee gewählt, welches den Kollektivvertrag bis zum 8. März ausarbeiten soll. Bis dahin bleibt der bisherige Kollektivvertrag in Kraft.

Zur Lage in der Textilindustrie. Den Mitteilungen des allgemeinen deutschen Textilverbandes entnehmen wir das Ergebnis einer statistischen Erhebung in der Textilindustrie, aus der hervorgeht, dass im Jahre 1914 in dieser Industrie in 543 Betrieben 134.000 Arbeiter und Angestellte Beschäftigung gefunden haben. Am 30. November 1922 waren nur noch 39 Prozent der genannten Anzahl der Arbeiter und Angestellten in den erwähnten 543 Betrieben tätig. Diese 39 Prozent dürfen aber nicht als alleiniger Maßstab für den Beschäftigungsgrad und die Menge der Erzeugung Ende November 1922 angenommen werden. Denn im Jahre 1914 war die Zahl der tätigen Maschinen (Spindel, Webstühle usw.) weitaus größer, die Arbeitszeit länger, die Arbeitsleistung der Beschäftigten ergiebiger. Wird unter Berücksichtigung dessen die Arbeitszeit im Jahre 1914 mit zehn Stunden im Tage angenommen, so haben die 543 Betriebe im Juli 1914 bei 134.000 Arbeitern und 60 Stunden Arbeitszeit 8.040.000 Arbeitsstunden, Ende November 1922 bei 52.500 Arbeitern und 31,6 Stunden Arbeitszeit 1.650.000 Arbeitsstunden, also Ende November 1922 gegenüber 1914 nur eine ungefähr 20prozentige Arbeitszeit aufzuweisen.

Der landwirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 22. Februar mit der Regierungsvorlage über die Regelung der Besitzverhältnisse auf dem verstaatlichten Großgrundbesitz in der Slowakei. In der abgeführten Generaldebatte begrüßte Abg. Genosse Schwiechhart die Grundtendenzen der Vorlage als ein Stück Bodenreform und wünschte mit Rücksicht auf das stets zu verfolgende Prinzip der größtmöglichen Wirt-

schaft, dass die Wälder und Weiden genossenschaftlich bewirtschaftet werden. Die Vorlage wurde einem Subkomitee überwiesen.

Zusammenschluß von drei Konsumvereinen. In der unter diesem Titel veröffentlichten Notiz teilt uns der Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften mit, daß zum Obmann der aus der Vereinigung der Westböhmischen Kreisgenossenschaft in Asch, des Konsumvereines Fortwärts in Eger und des Konsumvereines Einigkeit in Aufschwung entstandenen neuen Konsumgenossenschaft mit dem Sitze in Eger Genosse Karl Cervený (Auschnitz) gewählt wurde.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in England. Aus London wird amtlich gemeldet: Am 14. Februar betrug die Zahl der Arbeitslosen 1.363.800, das bedeutet eine Abnahme von 22.531 gegenüber der vorangegangenen Woche und um 122.000 gegenüber Anfang Jänner.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

München	100	1575,00
Berlin	100	1670,00
Wien	100	1670,00

Züricher Schlusskurse.

	mit Schluszk.	Ware
Paris	32,65/00	—
London	25,04/00	—
Berlin	0,023/50	—
Mailand	25,75/00	—
Holland	210/80	—
Wien	0,074/75	—
Budapest	0,00/00	—
Bras.	15/75	—
New York	5,31/00	—
Belgrad	5/10	—
Warschau	0,01/40	—
Wien gef.	0,00/00	—

Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1390,00	1394,00
100 Mar.	1500,00	1600,00
100 belg. Frank.	181,25	186,75
100 schwed. Kr.	646,25	648,75
1 Pfund Sterling	160,875	162,375
100 Lire	166,25	167,75
1 Dollar	34/10,00	34/50,00
100 rusa. Frank.	211,25	212,75
100 Dinar	3400,00	3450,00
100 ungar. Kronen	122,10	126,00
100 poln. Kr.	725,00	825,00
100 österr. Kronen	0,01/75	0,05/275

Turnen und Sport.

Der motorlose Flug. Aus Biskra wird gemeldet: Der französische Aviatiker Descamps durchflog in einem motorlosen Flugzeuge eine Strecke von fünf Kilometer in gerader Linie.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Prag 2. Samstag 24. Februar: Ausflugsfahrt, 6 Uhr abends, Café „Nizza“. Ab 8 Uhr Mitgliederzusammenkunft. Sonntag, 25. Februar: Treffpunkt 2 Uhr Endstation der Linie Smichow, nach St. Prokop. Führer: Heller. Die Teilnahme an den Vorträgen: „Mikroskopische Studien“, „Anatomie des menschlichen Körpers“ und bei Besuch des deutschen anatomischen Institutes war eine gute. 147

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschek und Karl Cermak
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Mitteilungen aus dem Publikum.



VISAN BÄCKEREI.

Ischler Plätzchen: Man arbeitet 14 dkg. „Visan“, 14 dkg. Mehl, 7 dkg. geriebene Mandeln, 7 dkg. Zucker mit etwas Zitronensaft gut durch, wälkt den Teig fingerhoch gut aus, sticht runde Plätzchen aus u. läßt sie am Bleche backen; sodann werden 2 mit etwas Marmelade bestrichen, zusammengesetzt u. mit Schokoladeglasuren besessen

Buttergleich  halb-so-teuer

Ausschneiden — aufbewahren.

1424



Für jede Küche! Die neuen Rezeptbücher umsonst und portofrei zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an **Dr. OETKER'S Backpulverwerke, Brünn**

Neben unserem vielbewährten Oetkers Backpulver „Backin“ und Oetkers Vanillinzucker sind wieder zu haben: **Oetkers Puddingpulver** Zusatz mit Vanillin-, Mandel- u. Schokolade-Geschmack, **Oetkers Hausnatron**, **Oetkers Regina-Speisegelatine** weiss und rot

Wo nicht erhältlich, bestelle man direkt bei der Fabrik.

Gerichtssaal.
Betrogene Auswanderer.
Prag, 20. Februar. Der Sohn des Dorfwirtes einer kleinen Slowakengemeinde bei Eperjes, Rudolf Bergmann, wollte nach Amerika auswandern. Da er jedoch nicht allein die weite Reise über den großen Teich unternehmen wollte, so überredete er die Bauern Josef Gulas und Josef Ivan, mit ihm zu fahren. Die drei Europäer machten sich daher auf den Weg, um sich fürs erste in Prag Pässe und Schiffstickets zu besorgen. Die Reise von Eperjes nach Prag ist weit und furchtbar langweilig, so daß es für die drei eine willkommene Abwechslung war, als in Kalschau ein kleiner Herr zu ihnen in das Abteil einstieg, der sich als Max Guß aus Wien, derzeit Lehrer der hebräischen Sprache in Karlsbad, vorstellte und sofort ein lebhaftes Gespräch zu führen anfing. Er erzählte Wiße sang kleine Lieder und hatte die Slowaken bald soweit vertrauensselig gemacht, daß sie ihm den Zw. d. ihrer Reise genau auseinandersetzten. Und Guß war nicht nur ein glänzender Geschäfter, sondern auch sonst ein vollkommener Gentleman, er machte sich sofort erbötig, den Auswanderern in Prag alles zu besorgen und eb: der Zug in den Prager Wilsonbahnhof einließ hatte Guß von jedem seiner slowakischen Mitreisenden 11.000 Kronen in der Tasche um Paß und Schiffstickets zu besorgen. In Prag brachte der liebenswürdige Guß die Auswanderer nach im Hotel „Meteor“ unter und empfahl sich — wie er glaubte — auf immerwiedersehen. In der Zeitungsliste kaufte er sich sofort einen Stadtpaß und — heil! — ging in die „Prioni“-Bar. Guß sah es und trank die kleinen Bar-mädchen nicht minder und die mühsam zusammenge-sparten Geldscheine der Slowaken flogen über den Tisch solange, bis plötzlich ein Wachmann erschien und Guß mit sich nahm. Die Slowaken waren nämlich doch noch schlauer gewesen als Guß, der von den ihm anvertrauten 33.000 Kronen nurmehr 25.730 Kronen in der Tasche hatte. Das Geld wurde den Auswanderern zurückgegeben. Da nun Bergmann erklärte, keine beiden Genossen mögen je 11.000 Kronen erhalten, er selbst werde sich mit dem Rest begnügen, entstand der Verdacht daß er mit Guß unter einer Decke stehe. Die in dieser Hinsicht geführten Nachforschungen haben jedoch kein Ergebnis gezeigt. Dago Guß ist der Polier in der Slowakei und in Karpathenland als Agent von Auswandererfirmen bekannt, der die Ausw. hat diesen Firmen möglichst viele Opfer in die Hände

zu treiben. In Karpathenland wurde gegen Guß sogar ein Stedbrief erlassen. — Ein Straffanat des OEGH. Cerny verurteilte heute Guß zu sieben Monaten schweren Arrests. Nach Abbüßung der Strafe wird Guß der Staatsanwaltschaft in Uhorod eingeliefert werden, die ihn wegen einer Reihe von Verbrechen sucht.

Der „Detektiv“ als Ingenieur des Bodenamtes.
Prag, 22. Februar. Der 33jährige Bautechniker Wenzel Kozel spezialisierte auf die Leichtgläubigkeit gewisser Leute, die in einem Menschen, der sich als Detektiv oder als staatlicher Beamter vorstellt, sofort eine achtunggebietende Person erblicken und nicht mehr danach fragen, ob sich der Detektiv oder Staatsbeamte auch legitimieren könne. So kam Kozel zu einem gewissen Josef Dragan in Ostrov und verhandelte, ihm 1000 K zu entlocken, um als Detektiv eine Einbruchschlichte aufzuklären, an der es nichts mehr aufzuklären gab, da der Täter sich bereits hinter Schloß und Riegel befand. In Dobřichowitz gab sich Kozel im Gemeindegasthause als Ingenieur des Bodenamtes aus und versprach den versammelten Bauern, für sie die Protokolle schreiben wegen der Bodenunterscheidung an geeigneter „höherer“ Stelle vorzulegen und zu befürworten. Die Bauern, 32 an der Zahl, riefen sich verächtlich lächelnd die Hände, waren stolz auf ihre so gute Bekanntschaft mit einem Ingenieur des Bodenamtes und zahlten jeder gerne fünf Kronen als Spesenbeitrag. Und zahlten später jeder nochmals 6.20 K und hätten vielleicht noch einmal in die sonst ungenüßte Geldtasche gegriffen, um den Wünschen „ihres Ingenieurs“ nachzukommen, wenn dieser damals nicht gerade verhaftet worden wäre. Kozel hat dann schließlich in seiner „Eigenschaft“ als Detektiv noch einen Fleischnhauer um 2000 K und einen Wäcker um 3000 K geprellt. — Vor einem Straffanat des OEGH. Cerny half dem Kozel heute seine ganze Spitzfindigkeit und Geriebenheit als „Detektiv“ nichts mehr. Denn der Richter hat sich nichts vormachen und verurteilte Kozel zu fünf Monaten schweren Arrests.

Literatur.
Hermann Wendel: „Aus drei Kulturen“, Literarische und andere Essays. (Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft.) Wenn es dessen noch bedürft hätte, so erbringt auch dieser neue Sammelband von

Essays den Beweis, daß Hermann Wendel heute zu den besten, leichtestbeschwingten Feuilletonisten deutscher Sprache gehört. Jeder Satz und jede Arbeit sind im Aufbau kristallklar und durchsichtig, und doch versteht er es, in der leichten, anmutigen Form Bedeutsames zu sagen. Ob er über Marx und Lassalle, Heine und den Frankfurter Dialektdichter Friedrich Stolpe, über Villenron und Kerr spricht oder ein Bild Napoleons, Flauberts und Villers entwirft, ob er sich im Kulturkreis der Deutschen, Franzosen oder Engländer bewegt, nie leitet er bloß feuilletonistisch über Persönlichkeiten und Probleme hin, stets bietet er eigenes Erleben und selbstbezogene Anschauung. Als kritische Wanderer über Dinge der Kunst stehen Wendels Aufsätze hoch über dem Tagesgeschrei — ob sie freilich genug Erkenntnisse und Einblicke vermitteln, um heute in der Zeit der Buchnot, eine Zusammenfassung in Buchform zu rechtfertigen, ist eine andere Frage. Dafür streben sie, ihrem sachlichen Gehalt nach, zu sehr auseinander, das einzige Band, das sie zusammenhält, ist Hermann Wendels Persönlichkeit. Das ist seinen bisherigen Sammlungen „Von Marburg bis Monastir“, „Kreuz und Quer durch den slowischen Süden“ usw. gegenüber ein arges Minus, denn am Ende legt man das Buch nur angeteigt, doch nirgends voll befriedigt, aus der Hand.

Kunst und Wissen.
Neues Theater. Heute, Freitag, Vorhänge neuer einstudierter Oper „Der Wildschütz“ mit Karl Martin-Brünn als Schulmeister Vaculus. Morgen, Samstag, „Der Günstling der Jarin“. Sonntag abend neu einstudiert Wilhelm Kienzls populäre Oper „Der Evangelist“ mit Richard Rubla als Gast. Montag, „Der Widerspenstigen Zähmung“ (Journallistenvorstellung).
Kleine Bühne. Heute, Freitag, und Sonntag abends der erfolgreiche Operettenjüngling „Die kleine Sinderin“. Morgen, Samstag, und Sonntag nachmittags zum erstenmal „Jungeborg“.
Das Wiener Symphonie-Orchester in Prag. Das für den 19. Februar d. J. anberaumt gewesene Festkonzert des Wiener Symphonie-Orchesters, das wegen Ableben des Minister Dr. Kasin verschoben wurde, findet Montag, den 26. Februar d. J. um halb 8 Uhr abends im großen Lucerna-Saal unter Leitung des Direktors der Wiener Staatsoper Franz Schalk statt. Im Programme ist keine Änderung eingetreten.

Bio-Programm
vom 23. Februar bis 1. März.

Lido-Bio Das alte Nest (Müller)
Apothekendirektor Mutterlohe in Tollen und „Wunder der Bergtouristik“ (Abstieg von Bergriesen)

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graber
Goldenes Kreuzel, Prag-Neuzant
Gastwirtschaft **Deutsches Vereinshaus**
Prag, Smecly 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Gauymed“
Tägliche Konz. **PRAG II.,** Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinbergo, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau.
CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Kleiner Anzeiger
Welcher Parteigenosse wäre geneigt, mit zur Verfügung meines Familienhäusleins **2-3000 K** gegen Wechsel für ein halbes Jahr zu borgen? Näheres in der Redaktion des Blattes. 1402

Inscribieren Sie in „Sozialdemokrat“